

16.08.2023

# Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

## Schwarz-grüne Ernährungsstrategie: nicht mehr als ein Plan für Besserverdiener

zu dem Antrag „Für Gesundheit, Landwirtschaft & Umwelt: Entwicklung einer ganzheitlichen Ernährungsstrategie für Nordrhein-Westfalen“

Antrag der Fraktion der CDU und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 18/2550

### I. Notwendige Bausteine für eine umfassende und soziale Ernährungsstrategie

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft stellt sich bei der Förderung einer nachhaltigen Ernährung folgenden Aufgaben: „Die Überprüfung und Anpassung der Ernährungssysteme unter Gesichtspunkten einer sozialen, ökologischen und ökonomischen Nachhaltigkeit ist vor dem Hintergrund des fortschreitenden Klimawandels, zunehmenden Landverbrauchs, abnehmender Wasserverfügbarkeit und wachsender Weltbevölkerung eine der zentralen Aufgaben sowohl für die Politik als auch für die Agrar- und Ernährungswirtschaft.“ Mit diesem Anspruch wird der politische Rahmen abgesteckt, in dem sich auch eine Ernährungsstrategie eines Bundeslandes zu bewegen hat.

Gemäß des Wissenschaftlichen Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz (WBAE) sollte eine Strategie für eine nachhaltige Ernährung die Zieldimensionen Gesundheit, Soziales, Umwelt und Tierwohl umfassen. Zur Erfüllung dieser Ziele hat die WBAE neun zentrale Empfehlungen für eine integrierte Politik der nachhaltigen Ernährung entwickelt. Dies sind:

- Systemwechsel in der Kita- und Schulverpflegung
- Konsum tierischer Produkte global verträglich gestalten
- Preisanreize nutzen — „Die Preise sollen die Wahrheit sagen“
- Eine gesundheitsfördernde Ernährung für alle ermöglichen — „Ernährungsarmut verringern“
- Verlässliche Informationen bereitstellen — „Wahlmöglichkeiten schaffen“
- Nachhaltigere Ernährung als das „New Normal“ — „Soziale Normen kalibrieren“
- Angebote in öffentlichen Einrichtungen verbessern
- Landbausysteme weiterentwickeln und kennzeichnen
- Politikfeld „Nachhaltigere Ernährung“ entwickeln.

Diese Empfehlungen machen deutlich, dass zwangsläufig das Gebot der Ganzheitlichkeit und der sozialen Verantwortung beachtet werden muss. Diesem Anspruch wird der Antrag der Regierungsfractionen allerdings nicht gerecht. Zu den vom WBAE geforderten Zieldimensionen Gesundheit, Soziales, Umwelt und Tierwohl zeigt der Antrag weder eine politische Herleitung noch Handlungsstrategien auf. Übrig bleiben vornehmlich nicht näher definierte Maßnahmen zur Regionalvermarktung und zum Ausbau oder Umbau öffentlicher Kantinen. Aspekte des Tierwohls oder die Auswirkungen unserer Ernährungsgewohnheiten auf die Ökologie bleiben vollständig ausgeklammert.

Vor allem vergisst die Ernährungsstrategie der Regierungsfractionen, dass Essen immer eine soziale Dimension hat. Chancengleichheit beginnt schon beim Frühstück. Kinder in Wachstums- und Entwicklungsphasen, die von zu Hause aus nicht ausreichend versorgt werden, sind in der Schule weniger aufnahme- und leistungsfähig. Das wirkt sich zwangsläufig auf die Chancen im Ausbildungs- und Arbeitsmarkt aus. Diese grundlegende Erkenntnis ist auch dem Bericht der Enquetekommission „Gesundes Essen. Gesunde Umwelt. Gesunde Betriebe“ zu entnehmen. Dort heißt es: „Die Qualität der Ernährung nimmt mit sinkenden Ausgaben für Nahrungsmittel ab. [...] In Haushalten im Bereich der finanziellen Armutsgrenze sind gängige Bewältigungsstrategien ‚permanentes Sparen‘ sowie ‚Verzicht auf Qualität und/oder Quantität‘ [...].“

## **II. Anhörung zeigt Schwächen der schwarz-grünen Ernährungsstrategie auf**

In ihrer Stellungnahme zur Anhörung weist die Verbraucherzentrale NRW darauf hin, dass Haushalte mit geringem Einkommen besonders stark von den Preiserhöhungen der letzten Jahre belastet sind. Demnach sind rund 20 Prozent der Bevölkerung in NRW derzeit armutsgefährdet oder von Ernährungsarmut betroffen. Eine Ernährungsstrategie für NRW muss laut Verbraucherzentrale NRW auch diesen Menschen eine nachhaltig-gesunde Ernährung und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Dazu gehören nach Auffassung der Verbraucherzentrale diskriminierungsfreie, kostenlose oder kostengünstige Zugänge zu öffentlichen Gemeinschaftsverpflegungseinrichtungen. Dies sollte in einer Ernährungsstrategie flankierend durch aktivierende Bildungsmaßnahmen ergänzt werden, um insbesondere benachteiligte Bevölkerungsgruppen in einer nachhaltig gesunden Ernährung zu unterstützen.

Der WBAE geht davon aus, dass den Bundesländern dabei eine wichtige Rolle in der Ernährungspolitik zukommt. Bei einer umfassenden Neuausrichtung und Stärkung des Politikfeldes Ernährung sollten die vier Nachhaltigkeitsdimensionen Gesundheit, Soziales, Umwelt und Tierwohl integriert sein. So könnte die Entwicklung einer ganzheitlichen Ernährungsstrategie einen wichtigen Beitrag zur Neuausrichtung und Stärkung des Politikfeldes Ernährung in NRW leisten. Die WBAE empfiehlt insbesondere eine beitragsfreie Kita- und Schulernährung, da dadurch in die Zukunft und eine Unterstützung von jungen Familien investiert wird. Dies zeigen die Beispiele Berlin und Hamburg.

Des Weiteren weist der WBAE auf die Bedeutung der Ernährungsumgebung hin. Dabei handelt es sich um die Bedingungen, unter denen Kinder und Jugendliche essen. Dabei kommt insbesondere der Kita- und Schulverpflegung eine besondere Rolle zu. Gerade hier können die Bundesländer einen wichtigen Beitrag leisten, indem sie die Schulen und Kitas bei der Schaffung solcher Ernährungsumgebungen unterstützen. Die Ernährungsbildung muss dabei eng mit der Kita- und Schulverpflegung verknüpft sein. Auch hier kommt den Ländern eine Schlüsselrolle zu. Weiterhin verweist die WBAE, dass dies in Räumen geschehen soll, in denen es keine Werbung und insbesondere keine Werbung für ungesunde Lebensmittel gibt. Auch hier bestehen Einflussmöglichkeiten der Länder.

Diese Problem- und Handlungsfelder sucht man in dem Antrag der Regierungsfractionen vergeblich. Geboten wird dagegen eine Ernährungsstrategie, die lediglich die Verwendung von mehr regionalen, saisonalen oder auch ökologischen Zutaten zum Inhalt hat. Damit erreicht man allerdings nur die Zielgruppe Besserverdienende. Der Antrag der Regierungsfractionen verfehlt das selbstgesetzte Ziel der Ganzheitlichkeit, ein Großteil der Bevölkerung wird nicht angesprochen beziehungsweise ausgeschlossen und wichtige Handlungsfelder werden ignoriert .

### III. Beschluss

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- jedem Kind, unabhängig von seiner sozialen Herkunft, ein kostenloses warmes Mittagessen zur Verfügung zu stellen;
- dass das Problem der Ernährungsarmut zu einem zentralen Punkt der Ernährungsstrategie des Landes NRW wird. Dafür muss die Landesregierung für eine klare Datenlage sorgen;
- ein Akutprogramm aufzustellen, das den von Ernährungsarmut betroffenen Menschen hilft. Dies verlangt eine intensivere Zusammenarbeit mit den Tafeln und den Wohlfahrtsverbänden;
- Werbung für Lebensmittel mit hohem Zucker-, Fett- oder Salzgehalt in der Umgebung von Kita und Schulen zu verbieten;
- einen Orientierungsrahmen zur Schul- und Kitaverpflegung zu entwickeln, der sich an den DGE-Qualitätsstandards ausrichtet, und dessen verpflichtende Einhaltung im Schulgesetz des Landes NRW festzuschreiben;
- sich für eine curriculare Verankerung des Themenfelds „Gesunde Ernährung“ in den Lehrplänen aller Schulformen einzusetzen;
- die vorliegende Ernährungsstrategie so umzuarbeiten, dass sie den Vorschlägen einer integrierten Ernährungspolitik des WBAE folgt und die vier Ziel-Dimensionen Gesundheit, Tierwohl, Soziales und Umwelt gleichwertig berücksichtigt.

Jochen Ott  
Sarah Philipp  
Alexander Vogt  
Dr. Dennis Maelzer  
Frank Müller  
René Schneider  
Julia Kahle-Hausmann

und Fraktion